weed
weltwirtschaft, ökologie & entwicklung
world economy, ecology & development

Sonderbeilage in der taz – 19.6.2010

2 - Altvater und Sachs diskutieren, ob die Lokomotive der Geschichte in den Abgrund fährt oder eine post-neoliberale Ära beginnt

3 - Bsirske im Interview über sozial-ökologische Beschaffung und die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit NGOs

4 - Shiva über das Ende falscher Fundamentalismen und die Notwendigkeit des neuen Paradigmas Erddemokratie

20 Jahre weed

Über 100.000 Menschen aus der ganzen Welt protestierten 2009 beim UN-Klimagipfel in Kopenhagen.

Editorial

Wir feiern

Einer 20-Jährigen, die fragt: „Was soll ich angesichts von Finanz-, Klima- und Demokratiekrise tun?", antwortet Wolfgang Sachs: "Nutze Deine Talente und setze Dich für Gerechtigkeit und Ökologie ein" und Elmar Altvater meint: "Du musst Dich organisieren; allein wirst Du wenig bewegen". Genau das, sich für Gerechtigkeit und Ökologie gemeinsam mit anderen einsetzen, hat eine Gruppe von politisch aktiven Menschen vor 20 Jahren bewogen, die Organisation WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung – zu gründen. Sich gemeinsam für Gerechtigkeit und Ökologie einzusetzen, ist seither das Motto von WEED. Wir haben uns in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder in die politischen Auseinandersetzungen eingemischt, mit Studien, Veranstaltungen, politischer Lobbyarbeit und in Bewegungen. Anlässe und Gelegenheiten gab es genug: Die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer, ausbeuterisches Verhalten multinationaler Konzerne, der Klimawandel, die Festschreibung eines einseitigen globalen Austauschmodells durch Handels- und Investitionsverträge, der Finanzmarktkapitalismus und zuletzt die globale Finanz- und Wirtschaftskrise.

Aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums von WEED haben wir diese Beilage erstellt, um die aktuellen politischen Debatten über die Zukunft des Kapitalismus, des Ökosystems und der globalen Ressourcenverteilung aufzugreifen und aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Dabei soll bewusst nicht das im Mittelpunkt stehen, was WEED in den vergangenen Jahren geleistet hat. Es geht uns vielmehr darum, die Auseinandersetzungen, an denen wir uns beteiligen, in kurzer und hoffentlich ansprechender Form aufzugreifen und Anregungen für weitere Debatten zu bieten. WEED wird sich darin weiterhin einmischen. Einer 20-Jährigen würde ich sagen: Engagement lohnt sich und macht Freude.

Markus Krajewski ist seit 2004 Vorsitzender von WEED e.V.

Von Rio nach Kopenhagen

Soziale Bewegungen in der Krise?

Von Ulrich Brand

Vor etwa zwanzig Jahren schwächte sich in Westdeutschland ein Zyklus sozialer Proteste gegen die Nachrüstung und gegen die imperialen Politiken in Ländern des globalen Südens merklich ab. „1989" setzte ein dickes Ausrufezeichen hinter den scheinbar alternativlosen Kapitalismus, der sich in den 1990er Jahren globalisierte. Er führte in einigen Regionen zu Wachstum und Wohlstand, weltgesellschaftlich aber zu Verarmung, zu einer Machtzunahme des transnationalen Kapitals und der Vermögensbesitzer sowie zu sozial-ökologischer Zerstörung.

In Rio de Janeiro begann 1992 eine Reihe von UNO-Konferenzen, in denen die Weltprobleme diskutiert und von der „Staatengemeinschaft" angegangen werden sollten: Umwelt und Entwicklung, Menschenrechte, feministische und Frauenanliegen, soziale Rechte. Einsicht und gute Argumente, politische Kooperation und internationale Institutionen sollten die Probleme bearbeiten.

Nichtregierungsorganisationen

In dieser Konstellation – Abschwung sozialer Bewegungen, Internationalisierung von Politik und scheinbar alternativlose Globalisierung – wurde ein Typus zivilgesellschaftlichen Engagements gestärkt: die Nichtregierungsorganisationen. Mit ihrer Expertise und Medienarbeit, Lobbypolitik und internationaler Allianzbildung brachten sie die auf den Konferenzen und andernorts verhandelten Probleme in die Weltöffentlichkeit, formulierten Kritik und Alternativen. Das geschah teilweise politisch naiv, da man wirklich meinte, mit den Mächtigen auf Augenhöhe zu verhandeln. Die reflektierten NGOs wussten um die Ambivalenzen technokratischer und oft genug rein symbolischer Politik, sahen aber zunächst wenig Alternativen und lernten in den oft frustrierenden Auseinandersetzungen.

Bald wurde deutlich: Diese Treffen zeitigten nicht die erhofften Veränderungen. Gleichzeitig wurden von denselben Regierungen die neoliberalen und imperialen Politiken auch auf internationaler Ebene festgezurrt – etwa mit der Gründung der Welthandelsorganisation im Jahr 1995.

Im Schatten dieser „großen Politik" entwickelten sich an manchen Orten lokale Widerstände. Paradigmatisch war der Aufstand der mexikanischen Zapatistas in Chiapas, aber auch massive Proteste in Frankreich oder Südkorea Mitte der 1990er Jahre.

> „1999 kam es zum globalen Wachrütteln."

1999 kam es zum globalen Wachrütteln. Bei der WTO-Ministerkonferenz in Seattle kristallisierten viele Bewegungen und stellten die Politik von Lobbying und guten Argumenten infrage. Deutlich wurde: Kritik und Alternativen mussten nicht nur formuliert, sondern auch hörbar gemacht werden. Das geht nicht in Konferenzhallen und angesichts der politischen Taubheit eines Großteils der Eliten. Hier spielten die kritisch-reflektierten NGOs (und im konkreten Fall Seattle die US-amerikanischen und kanadische Gewerkschaften) eine entscheidende Rolle. Sie bildeten eine Art „Bewegungsinfrastruktur", denn sie wussten um die komplexen Themen und politischen Knackpunkte, konnten Geld für politische Aktivitäten organisieren und verfügten über internationale Kontakte. Die Gegenüberstellung „hier NGO – dort Bewegung" wurde teilweise abgeschwächt. Attac ist dafür paradigmatisch und „ein Akteur neuen Typs" (Peter Wahl). Das lief nicht ohne Spannungen, doch die Rehabilitation von Protest ging ab dem Jahr 2000 rasch voran. Die Sozialforen wurden Orte von Austausch, Strategiebildung und symbolischem Gegengewicht zu den Treffen der Mächtigen. In manchen Ländern des globalen Südens führten radikale und breite Bewegungen zu progressiven Regierungen. Gleichzeitig läutete 9/11 eine konservative Gegenbewegung ein, die auch eine Antwort auf die sich abzeichnenden Funktions- und Legitimationsdefizite des Neoliberalismus sowie geopolitische Verschiebungen war.

Fragezeichen

Dennoch: Das Ausrufezeichen hinter dem neoliberal-imperialen Kapitalismus ist vielen Fragezeichen gewichen. Moralische Fragezeichen, denn das alltägliche Desaster für Milliarden von Menschen kann kaum mehr mit den Versprechen von „Fortschritt" und „Entwicklung" kaschiert werden. Systemische Fragezeichen, denn offenbar lebt der neoliberale Finanzmarktkapitalismus von Instabilitäten und den zunehmenden gesellschaftlichen und sozial-ökologischen Desastern. Daran verdienen einige gut und manche sehr gut, wie wir in der aktuellen Krise jeden Tag mitbekommen; und sie werden von den politischen Eliten gedeckt. Und es kommt zu aktiv gesetzten Infragestellungen des Finanzmarktkapitalismus von sozialen Bewegungen, NGOs und Gewerkschaften, Menschen in Institutionen wie den Medien, Schulen und Hochschulen, in Betrieben und manchmal sogar in Geschäftsleitungen. Heiligendamm und Kopenhagen waren die jüngsten Kristallisationspunkte von breiten Bewegungen in Westeuropa.

Gegenmacht

Eine zentrale Herausforderung der progressiven sozialen Bewegungen liegt darin, die Leben und Natur zerstörende Produktions- und Lebensweise ganz grundlegend zu ändern. Solche grundlegenden Änderungen haben viel mit staatlicher Politik und Öffentlichkeit zu tun, mit Gegenmacht gegen rein an Profit ausgerichteten Unternehmen.

Es geht aber auch um den Alltagsverstand und das Handeln von Menschen und Institutionen. Die Orientierungen an Wachstum und westlichem Fortschritt sind, das zeigt die aktuelle Krise, auch tief im Denken und Handeln von Bewegungen, NGOs und kritischen Intellektuellen verankert. Zu viele sind noch ganz gebannt in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise und formulieren Vorschläge, um eben diese zu bearbeiten. Damit werden aber viele Probleme nicht angegangen.

Die multiple Krise bietet hier einige Chancen: Etwa eine Diskussion über radikale Arbeitszeitverteilung zu führen, um andere Formen von Wohlstand, von gesellschaftlicher und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung zu fördern. Oder den Produktivismus und Konsumismus sowie den Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis infrage zu stellen.

Ohne plurale soziale Bewegungen und ihre Fähigkeit, zentrale Fragen außerhalb des herrschenden Denkens und Handelns zu formulieren, wird sich hier nichts bewegen.

Ulrich Brand lehrt Internationale Politik an der Universität Wien und ist Mitglied bei WEED und im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland. Jüngere Publikationen zu Post-Neoliberalismus und Klimagerechtigkeit sind zu finden unter: www.dhf.uu.se.

Die Lokomotive der Geschichte

- auf dem Weg in den Abgrund oder in eine post-neoliberale Ära? Streitgespräch zwischen Wolfgang Sachs und Elmar Altvater

Elmar Altvater ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Wolfgang Sachs leitet das Berliner Büro des Wuppertal Instituts für Klima, Energie und Umwelt. Beide sind Mitglied bei WEED. Das Gespräch führte Peter Wahl.

Peter Wahl: Finanzkrise, Klimakrise, Demokratiekrise, Zivilisationskrise: Ist die Lage tatsächlich so ernst oder ist das nur eine der periodisch immer mal auftauchenden Untergangsstimmungen?
Wolfgang Sachs: Mit dem Historiker Ranke würde ich sagen: Jede Epoche ist sich selbst unmittelbar zu Gott. Das heißt, jede Epoche muss mit *ihren* Herausforderungen, Verwerfungen und Obsessionen fertig werden.

Wahl: Kommt aber nicht durch die Klimakrise eine neue Qualität von Krise? Hier können wir nicht sagen: „Die Enkel fechten's besser aus".
Elmar Altvater: Bei den anderen Krisen ist das ähnlich. Die Loslösung der Finanzmärkte von jeder realen Produktion ist das auf die Spitze Treiben der Entbettungstendenz, von der Polanyi schon für das Ende des 18. Jahrhunderts gesprochen hat. Heute ist das so weit entbettet, dass es sich selbst zerstört. Bei der Naturkrise ist es offensichtlich, dass wir Grenzen überschritten haben. Wir können die Ernährungskrise und die Energiekrise, den Peak Oil, hinzufügen. Dann haben wir – neben der Demokratiekrise – auch eine Hegemonialkrise. Wir sind an der Grenze von ganz vielem, und daher müssen wir die Frage stellen: Muss man nicht das System ändern, um wieder auf eine andere Entwicklungsbahn zu kommen?

Wahl: Herr Sachs, Sie haben kürzlich die Systemfrage für historisch obsolet erklärt. Ist der Begriff Systemkrise angemessen?
Sachs: Das 20. Jahrhundert hat Aufstiegsbewegungen in verschiedensten Dimensionen: im Wirtschaftswachstum, Ressourcenverbrauch, Bevölkerung. Das 21. Jahrhundert bringt die Peaks: Öl, Gas, Uran, Bevölkerung, und wohl auch des BIP. Natürlich ist damit auch eine Systemfrage gestellt – wenn man die Kategorie neutral benützt. Nur: diese Kategorie stammt aus der Zeit der Systemkonkurrenz. Und da dieses Wort immer noch nicht dieses Bedeutungsfeld abgelegt hat, versuche ich es zu vermeiden. Aber es ist überhaupt keine Frage, dass schon ein System an sein Ende kommt oder zumindest quietscht und kracht.

Wahl: Wie viel Kapitalismus steckt in der Krise?
Altvater: Kapitalismus gibt es seit dem langen 16. Jahrhundert. In dieser Zeit ist er entstanden, aber das war ein nicht-fossiler Kapitalismus. Die ungeheure Dynamik der Produktivkraftsteigerung begann mit der Nutzung der fossilen Energieträger in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Dieser fossile Kapitalismus ist in eine ganz tiefe Krise geraten, weil die fossilen Energieträger ausgehen – und ob auf der Basis von erneuerbaren Energien diese Art von Kapitalismus aufrechterhalten werden kann, ist sehr fraglich. Da ich die Natur nicht verändern kann, muss ich das gesellschaftliche System verändern.

Altvater: „Man kann es wohl vergessen, Wachstum, Verringerung des Ressourcenverbrauchs und Kapitalismus miteinander zu versöhnen."

Wahl: Kann es einen nach-fossilen, nicht-fossilen, grünen Kapitalismus geben?
Sachs: Natürlich wird sich der Kapitalismus hin zu einem grünen Kapitalismus transformieren – das ist die einzige Überlebenschance, die er hat. Es lässt sich ja schon absehen, dass nichts dem Kapitalismus so gut ins Geschäft passt, wie dass ganz grundlegende, neue Knappheiten auf der Bühne der Geschichte erscheinen. Wenn neue Knappheiten erscheinen, schaffen sie Notwendigkeiten und Wünsche und auch eine kaufkräftige Nachfrage. Eine ganz andere Frage ist es allerdings, ob wir damit einer naturverträglichen Ökonomie näher kommen. Es ist offen, wie grün ein Kapitalismus werden kann.

Altvater: Man sollte in dem Zusammenhang unterscheiden zwischen Knappheit und Mangel. Knappheit ist eine ökonomische Signalsituation. Aber wenn die Ressourcen mangelhaft sind, wenn sie gar nicht da sind, dann nützen mir die höchsten Knappheitspreise nichts mehr. Und diese Mangelsituation in einem für die Funktionsweise des Kapitalismus zentralen Bereich haben wir.
Sachs: Ich will nur empirisch sagen, dass ein grüner Kapitalismus am Entstehen ist, dass er immer stärker wird, und dass der braune Kapitalismus immer mehr zurück geht. Aber dies sagt noch lange nicht, dass wir eine ressourcenleichte und naturverträgliche Wirtschaft geschaffen haben. Bei aller Rede von green economy bleibt die Frage, ob wir innerhalb unserer natürlichen Grenzen bleiben. Ich denke, dass der grüne Kapitalismus sich zu einem System transformieren muss, wo ich nicht weiß, ob es noch kapitalistisch zu nennen ist. Auf jeden Fall zu einem System, wo nicht mehr Wachstum und damit auch nicht mehr Profit die Priorität haben.
Altvater: Aber Kapitalismus heißt Akkumulation von Kapital. Diese kommt nur zustande auf der Basis einer Profitrate, die positiv ist, das heißt auf der Basis von Wachstum. Ein Kapitalismus ohne Wachstum ist ein Widerspruch in sich. Wenn man Wachstum will, braucht man bei der gegenwärtigen Technologie fossile Energieträger. Hat man diese nicht, stellt sich die Frage: wie bekomme ich das Wachstum dann zustande? Und heißt das dann nicht, dass wir über den Post-Fossilismus hinaus denken müssen in Richtung eines Post-Kapitalismus?

Wahl: Kann man Wachstum im ökonomischen Sinne nicht von Ressourcenverbrauch und Emissionen entkoppeln?
Altvater: Ich halte das für eine Illusion. Wenn ich grüne Investitionen durchführe mit der Maßgabe, weniger Ressourcen zu verbrauchen, dann führt dies letztlich dazu, dass weniger produziert wird und die Wirtschaft weniger wächst. Das zweite Argument ist, dass virtuelles Wachstum nicht möglich ist. Nehmen wir das Internet. Es löst einen ungeheuren Stoff- und Energiedurchsatz aus. Insofern kann man es wohl vergessen, Wachstum, Verringerung des Naturverbrauchs und Kapitalismus miteinander zu versöhnen.
Sachs: Wir haben aber heute schon keinen reinen Kapitalismus, sondern er ist vielfach verschränkt mit gesellschaftlichen Regeln, Umverteilung und Bremsinstitutionen. Und es ist durchaus noch eine offene Frage, ob es möglich ist, einen Rahmen zu schaffen, der den Kapitalismus so weit zähmt, dass das Profitprinzip auf den Rücksitz gesetzt wird und soziale und ökologische Werte mit in Betracht gezogen werden. Allerdings teile ich die Vermutung, dass es ziemlich unplausibel ist, eine naturverträgliche Wirtschaft auf einem Pfad aggregierten Wachstums erreichen zu können.
Wahl: Hat der Kapitalismus ein Potential, sich aus seinen Widersprüchen heraus – ohne politische Kämpfe – zu transformieren?
Sachs: Ohne politische Kämpfe kein Übergang vom braunen zum grünen Kapitalismus. Das ist ganz offensichtlich, dass auch der grüne Kapitalismus politische Rahmenbedingungen – z.B. ein Steuersystem, das Ressourceneinsatz immer teurer macht – braucht und dass es nicht ohne politischen Druck geht. Und das gilt erst recht beim Übergang zu einer naturverträglichen Wirtschaft.

Wahl: Trotz der Krisen – ich habe den Eindruck, bei den meisten Menschen führt die Situation zu politischer Lähmung.
Sachs: Mir fällt auf, dass wir seit zwei Jahren unter immer neuen Notsituationen stehen. Dabei werden Umwälzungen auf den Weg gebracht, in deren Schatten keine Initiative, keine parlamentarische Einflussnahme, keine Öffentlichkeit, schon gar keine Bewegung entstehen kann. Ohne rechtzeitige Reformen – gerade auch ökologisch – wird der Notstand zum Normalfall. Wahr ist aber auch, dass das Gefühl für die Krisen, die sich am Horizont aufbauen, in den letzten 30 Jahren ungeheuer viel Initiative hervorgebracht hat. Wenn es nicht die gedankliche und soziale Vorarbeit gegeben hätte zur Reform des Finanzmarkts – Beispiel Finanztransaktionssteuer –, wären wir heute in einer schlechteren Situation. Denn dann wären die Optionen der Gesellschaft geringer. Genauso war es mit der Windenergie. Die Krise am Horizont beschleunigt die politische Kreativität, der Notfall vor der Haustür macht mundtot.
Altvater: Ich sehe das etwas anders. Wenn erstens jetzt etwas aufgegriffen wird, was Attac oder die Ökobewegung gefordert haben, ist es nicht das, was wir gewollt haben. Sondern es ist nur die Notlösung, um einen offensichtlichen Mangel und eine Herrschaftskrise zu überwinden und so die Herrschaft wieder zu bestätigen. Das zweite ist, dass es schwierig ist, Alternativen zu finden, wenn man die Systemfrage nicht stellt. Die Leute merken sehr genau, dass man nicht mehr realistisch ist, wenn man diese Frage nicht stellt, während das Öl ausgeht, die Klimakrise droht und die Arbeitslosigkeit steigt. Man würde daher mit Alternativen außerhalb des Systems als viel realistischer wahrgenommen.
Sachs: Da stimme ich gar nicht zu. Wenn ich die letzten 30 Jahre zurückschaue, ist gerade dort, wo man sich nicht selbst durch die Systemfrage blockiert hat, am allermeisten passiert. Die Fantasie, die Experimente und der Fundus an Veränderungsmöglichkeiten, aus dem wir heute in großem Maße leben, kamen dadurch zustande.
Altvater: Aber die Systemfrage blockiert doch nicht. Ich meine jetzt nicht die alte Systemfrage zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die Systemfrage heißt die Art und Weise, wie wir unser Verhältnis zueinander und zur Natur organisieren. Das heißt ein anderes, erneuerbares Energiesystem und ein anderes gesellschaftliches System – solidarische Ökonomie.

„Es ist keine Frage, dass schon ein System an sein Ende kommt."

Wahl: Kann man die Umbrüche im internationalen System mit dem Aufstieg von China u.a. Schwellenländern, die zum Teil anderen Leitbildern folgen, als Chance sehen?
Altvater: Sicher kann man das. Es gibt nicht mehr die monopolare Welt, es gibt wieder Gegengewichte, nicht nur mit China. Auch in Lateinamerika, wenn man z.B. an Chavez oder Morales denkt. Innerhalb dieser neuen Konstellation werden wichtige Alternativen versucht, wo öffentliche Güter und Vergesellschaftungsprozesse wieder eine Bedeutung erlangen gegenüber der neoliberalen Marktvergötzung. Das ist etwas Neues, und da habe ich schon meine Hoffnung, dass das auch Räume für uns eröffnet.
Sachs: Aber Länder wie China oder Venezuela betreiben einen Ressourcennationalismus, der sich gar nicht so sehr unterscheidet von unserer eigenen und der amerikanischen Geschichte. Doch es wird auch da analoge Debatten und Kämpfe geben, wie wir sie bei uns kennen. Letztlich wird überall der Streit eine Rolle spielen, ob es möglich ist, mit weniger Macht gegenüber der Natur zu leben.

Wahl: Was kann man einem 20-Jährigen raten, wenn er die Frage stellt: Was soll, was kann ich tun?
Sachs: Er sollte sehen, was seine Talente und Interessen sind, und sich fragen, wo er diese einsetzen kann für mehr Gerechtigkeit und Ökologie.
Altvater: Man kann ihm sagen: Du musst dich organisieren, denn individuell wirst Du wenig machen können.

Wollen Sie mehr von weed?

Bitte senden Sie mir Publikationen zu:

- ☐ Aktionsplan für sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe in Deutschland. Hrsg.: Netzwerk für Unternehmensverantwortung (CorA). (3 Euro)
- ☐ Nur ein Kollateralschaden? – Die Krise und die Entwicklungsländer. Von Christoph Ernst und Peter Wahl. (2 Euro)
- ☐ Memorandum zur Finanzreform an den Deutschen Bundestag: Eine umfassende Antwort auf die systemische Krise. (kostenlos)
- ☐ Gute Arbeit unter Druck – EU-Freihandelspolitik und Arbeitsbedingungen. Autorin: Christina Deckwirth. (2 Euro)

☐ **Ich möchte die elektronischen WEED-news erhalten (Angabe der Email genügt).**

☐ **Ich bin an einer WEED-Mitgliedschaft interessiert – bitte senden Sie mir Infos zu!**

Name
Vorname
c/o
Straße
PLZ Ort
E-Mail
Datum Unterschrift

Einsenden an:
WEED, Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin

„Die Kooperation von NGOs und Gewerkschaften ist ein Pfund“

Der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Frank Bsirske über seine WEED-Mitgliedschaft, die Bedeutung sozialer und ökologischer Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der globalen IT-Industrie.

In diesem Jahr wird WEED 20 Jahre alt. Seit wann sind Sie Mitglied und warum sind Sie Mitglied geworden?
Seit vier Jahren bin ich Mitglied. Ich finde die Arbeit von WEED sehr hilfreich und informativ. Das verdient Unterstützung. Die globalisierungskritische Bewegung hat in WEED einen wichtigen Impulsgeber. All das sind gute Gründe, um Mitglied zu sein oder zu werden.

Warum ist aus Ihrer Sicht die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung – zum Beispiel von IT-Geräten – notwendig?
Es ist eine Frage der Moral, wie man auf entwürdigende Arbeitsverhältnisse schaut. Es darf und kann den Menschen nicht egal sein, unter welchen Bedingungen produziert wird, im IT-Bereich und auch in allen anderen Bereichen. Verbraucher und die öffentliche Hand haben durchaus Möglichkeiten, ihre Marktmacht im Sinne der arbeitenden Menschen zu nutzen.

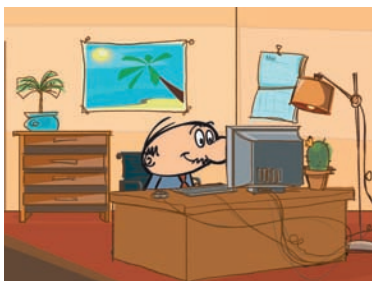
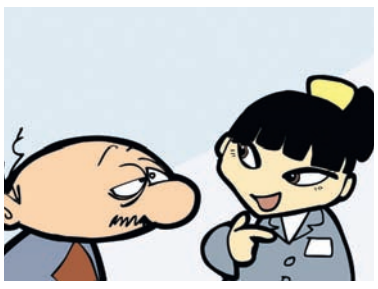
> „Der Staat ist als soziales oder ökologisches Korrektiv gefordert.“

Dem öffentlichen Dienst und seinen Einrichtungen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, weil hier in großem Umfang Aufträge vergeben werden. Auch die öffentliche Hand muss ihre Marktmacht einsetzen, um dazu beizutragen, dass sich akzeptable Arbeitsbedingungen durchsetzen. Der Staat ist als soziales oder ökologisches Korrektiv gefordert. Das gilt für die nationale wie für die globale Ebene. Die Fälle Lidl und Shell haben gezeigt, dass Wirkung erzielt werden kann.

Welche Forderungen hat ver.di zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der globalen IT-Industrie?
Wir treten zusammen mit dem internationalen Gewerkschaftsdachverband UNI dafür ein, dass Gewerkschaftsrechte weltweit gesichert werden. Als Instrument dienen Weltabkommen mit Konzernen, in denen sie sich verpflichten, freie gewerkschaftliche Betätigung überall auf der Welt zuzulassen. Bei der Telekom-Tochter T-Mobile in den USA ist das keine Selbstverständlichkeit. Sie reagiert gewerkschaftsfeindlich und setzt alles daran, die Gewerkschaft der Kommunikationsarbeiter als Interessenvertretung zu verhindern.
Natürlich treten wir für die Rechte ein, die seitens der Internationalen Arbeitsorganisation als unverzichtbar und elementar angesehen werden. Wenn man sieht, unter welchen Bedingungen, die manchmal an Sklaverei erinnern, in vielen Teilen der Welt Arbeitskraft abgepresst wird, dann muss das alle den humanitären Werten verpflichteten Organisationen auf den Plan rufen. Und die Gewerkschaften im Besonderen.

Welche Rolle spielt beim Thema „faire Beschaffung“ die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und NGOs?
Wir setzen stark auf diese Zusammenarbeit. Sie bietet die Chance, Marktmacht von Verbrauchern, die sensibel für menschenunwürdige Arbeitsbedingungen sind, und die gewerkschaftliche Interessenvertretung abhängig Beschäftigter zusammenzubringen. Wenn es darum geht in der Gesellschaft Wirkung zu erzielen, ist die Kooperation von NGOs und Gewerkschaften ein Pfund. Deswegen arbeiten wir seit langem mit NGOs wie WEED, Attac und anderen in verschiedenen Bündnissen zusammen.

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender

Bilder aus dem Videoclip, Senior Pezzi kauft global‘ zur Online-Petition

Zwischen iHype und fairer IT-Beschaffung

Apples iPad ist mit großem Rummel in Europa angekommen. Jenseits des Hypes fordert eine neue Online-Petition von öffentlichen Einrichtungen wie Universitäten eine faire Beschaffung von Computern und anderen IT-Geräten.

Von Maik Söhler
Wieder einmal sind iDays in Deutschland. Nach iMac, iPod und iPhone hat Apples Tablett-Computer iPad seit Ende Mai den deutschen Markt erreicht. Erfolg ist programmiert, in den USA wurden allein am ersten Tag 300.000 Exemplare verkauft, nur wenig später konnte bereits die Millionenmarke überschritten werden. In Deutschland sieht es nicht viel schlechter aus.
Was der iHype im globalen Norden mit der IT-Produktion im globalen Süden zu tun hat, verdeutlicht eine in wenigen Tagen beginnende Online-Petition, die Teil der europaweiten Kampagne procureITfair ist, die von WEED geleitet wird. Für die Petition wird mittels eines Videoclips geworben, in dem der Einkäufer Mr. Pezzi von der chinesischen Wanderarbeiterin Liping in die Produktionshallen entführt wird.

Kein Steuergeld für schlechte Arbeitsbedingungen

Den Werbeversprechen der Computerindustrie – als Nutzer mit einfachen Mitteln den Alltag zu revolutionieren, hip zu sein, schnell und fortschrittlich – stehen die Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeiterinnen und Arbeitern entgegen, die in der Produktion von Computern, Computer-Komponenten wie Leiterplatten und IT-Peripheriegeräten nicht selten unter enormer Ausbeutung, geringen Löhnen, kaum sozialer Sicherung und Gesundheitsschäden leiden.
Die Online-Kampagne richtet sich an die Öffentlichkeit, mit deren Steuergeld an Universitäten und in anderen öffentlichen Einrichtungen IT-Geräte beschafft werden, ohne sich um jene Arbeitsbedingungen zu kümmern. Sie wird

> „2008 deckte eine WEED-Untersuchung drastische Verhältnisse bei chinesischen Zuliefererunternehmen von Markenunternehmen auf.“

Druck auf die verantwortlichen Einkäufer in Universitäten und öffentlichen Einrichtungen ausüben – fast jeder fünfte Computer wird hier gekauft –, sich für faire Produktionsbedingungen einzusetzen, etwa in China, Malaysia oder Rumänien.
Dass die Beschaffung fairer IT-Produkte möglich ist, bestätigt Konrad Kandziora, Vorstand des IT-Dienstleistungszentrums Berlin. „Einkäufer können durchaus darauf achten, dass sozial verträgliche Produkte ausgeschrieben werden“. Gesetzlich geregelt ist das im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, das seit April 2009 in Kraft ist. Allerdings fehlt es für den IT-Sektor an einer entsprechenden Zertifizierung, die die Überprüfung der Einhaltung der Kernarbeitsnormen ermöglicht.
Auch wenn es den fair produzierten Computer noch nicht gibt, können wichtige Schritte unternommen werden. „Mittels Einkaufsmacht und internationaler Kampagnen kann Druck auf die Markenunternehmen ausgeübt werden“, so Sarah Bormann von WEED.

Dell, Lenovo, Apple

Die alarmierende Selbstmordserie bei Beschäftigten des Apple-Auftragsherstellers Foxconn im südchinesischen Shenzhen veranschaulicht die verzweifelte Situation vieler junger Arbeiterinnen und Arbeiter. Neben Foxconn hat SACOM (Students and Scholars against Corporate Misbehavior), eine Partnerorganisation von WEED, auch die Arbeitsbedingungen in anderen Zulieferfabriken von Apple untersucht. Neben Wintek veröffentlichte die Organisation jüngst eine Studie über United Win in Suzhou. 47 Beschäftigte wurden während der Arbeit mit der Chemikalie Hexan vergiftet und mussten im Krankenhaus behandelt werden, wie die Gemeindeverwaltung der ostchinesischen Stadt bestätigte. Ihr Job bestand darin, iPhone-Touchscreens zu reinigen. „Es ist enttäuschend, dass Apple sich zu diesen Fällen bisher nicht öffentlich geäußert hat“, schreibt SACOM.
Dabei geht es allerdings nicht allein um Apple. Im Jahr 2008 deckte eine Untersuchung von WEED drastische Verhältnisse bei chinesischen Zuliefererunternehmen von Markenunternehmen wie Fujitsu, Dell und Lenovo auf. Von Arbeitszeiten um die 370 Stunden pro Monat war da die Rede, von Arbeitsrechtsverletzungen, autoritären Reglementierungen, unzureichendem Arbeitsschutz und Vergiftungen durch Chemikalien.
Nur wenig habe sich seither geändert, betont Debby Chan, Mitarbeiterin von SACOM. Die Arbeiterinnen und Arbeiter in der chinesischen IT-Produktion müssten endlich „in Würde arbeiten können. Sie sollten anständige Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung erfahren“, sagt Chan. Erschwerend kämen strikte Einschränkungen der Versammlungs- und Gewerkschaftsfreiheit hinzu.

Symbole der Globalisierung

Wie kaum etwas anderes sind Computer, Internet und Smartphones Symbole der Globalisierung, da die digitale Kommunikation Grenzen, Schranken und auch so manche Zensuranstrengung scheinbar mühelos überwindet. Auch das Produktionsnetzwerk in der IT ist längst global. Angefangen beim Markenhersteller setzt es sich über Kontraktfertiger bis hin zu kleinen Zulieferbetrieben fort. Das ökonomische Entwicklungspotential durch die Ansiedelung dieser Industrien in Ländern des globalen Südens ist jedoch begrenzt, da sich hier zumeist nur Enklavenindustrien bilden.
Als Agenturen und Unternehmen vor wenigen Jahren den Begriff „Green IT“ für umwelt- und ressourcenschonende IT einführten, reagierten sie damit auf die wachsende Kritik an der Geräteentwicklung und -herstellung. Bis heute wird mit „Green IT“ viel „Greenwashing“ betrieben und die Debatte weitgehend ohne Berücksichtigung sozialer Bedingungen geführt. Dennoch kann man feststellen: Die Aufmerksamkeit nimmt zu, Käufer werden sensibler. Dies auch im Bereich der Computer- und Komponentenproduktion zu erreichen, darauf zielt die Online-Petition zur fairen IT-Beschaffung auf der Webseite von procureITfair.
Mehr Informationen: http://procureitfair.org/onlinepetition und www.pcglobal.org.

Erddemokratie

Warum wir ein neues globales Paradigma brauchen

Von Vandana Shiva

Wir befinden uns heute inmitten einer immer tieferen, multiplen Krise: Nahrungsmittel-, Klima-, Artenvielfalts-, Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Weltordnung eines auf Gier und unbegrenztem Wachstum basierenden ökonomischen Fundamentalismus und eines technischen Fundamentalismus, der an eine technische Lösung für jedes soziale und ökologische Problem glaubt, ist offensichtlich am Zusammenbrechen.

Die andauernde Finanzkrise deutet auf das Ende desjenigen Paradigmas hin, das irreale Finanzgeschäfte über von Natur und Mensch geschaffenen realen Wohlstand, Profite über Menschen und Unternehmen über BürgerInnen stellt. Dieses Paradigma wird nur noch erhalten durch maßlose Rettungsaktionen, die öffentlichen Reichtum in privaten umwandeln, und durch wachsende Gewalt gegenüber Erde und Mensch, sprich als ökonomische Gewaltherrschaft.

Dies wird deutlich im Landesinneren von Indien, wo der grenzenlose Hunger nach Stahl und Aluminium für die globale Wirtschaft sowie nach Profiten für die Industrie zusammenstößt mit den Rechten der Stämme an ihrem Land, ihren Wäldern und Flüssen, ihren Kulturen und Lebensweisen. Die Stämme sagen laut und klar „Nein" zu ihrer gewaltsamen Entwurzelung. Angesichts dieses demokratischen Widerstands kommt man nur mit militarisierter Gewalt an die Mineralien und die Kohle heran. Die Operation „Grüne Jagd", bei der mehr als 40.000 paramilitärische Kräfte in die Stammesgebiete gesandt wurden, wurde genau zu diesem Zweck begonnen, auch wenn das offizielle Ziel der Kampf gegen die „Maoisten" ist. Sie zeigt eindeutig, dass das gegenwärtige Paradigma nur mithilfe wachsender Militarisierung und unter Aushöhlung von Demokratie und Menschenrechten umgesetzt werden kann.

Unbezahlbarer Preis

Der technische Fundamentalismus kommt auch an sein Ende. Der Klimawandel – eine Externalität fossiler Technik – ist ein Weckruf, dass wir den fossilen Pfad nicht weiter beschreiten können. Der hohe Preis der industriellen Landwirtschaft wird unbezahlbar, sowohl im Hinblick auf die Zerstörung der natürlichen Ressourcen an Boden, Wasser, Artenvielfalt und Luft, als auch im Hinblick auf die Erzeugung von Unterernährung und Krankheiten. Von der industriellen, globalisierten Landwirtschaft, welche von den Abkommen der Welthandelsorganisation begünstigt wird, stammen 40% aller Treibhausgase.

Die Menschheit ist an einem Scheidepunkt. Wir können den aktuellen Weg weitergehen und die ökologische, ökonomische und soziale Zerstörung fortführen. Die G8 können die G20 werden, um die Herrschaft von Gier und ökologischer Blindheit aufrechtzuerhalten. Oder wir können eine Alternative aufbauen.

Wir brauchen ein neues Paradigma für das Leben auf der Erde, weil das alte absolut nicht tragfähig ist. Von einer Alternative hängt jetzt das Überleben der Menschheit ab. Und die nötige Alternative liegt nicht einfach auf der Ebene der Mittel, sie liegt auf der Ebene unserer Weltsicht. Wie sehen wir uns selbst in dieser Welt? Wozu gibt es den Menschen? Sind wir bloß geldvermehrende und ressourcenverschwendende Maschinen? Oder haben wir einen höheren Zweck, ein höheres Ziel? – Ich denke, wir haben eines.

Ich glaube, dass wir Mitglieder der Erdfamilie – *Vasudhaiva Kutumbkam* – sind und dass es unsere erste und höchste Pflicht ist, uns um Mutter Erde – *Prithvi, Gaia, Pachamana* – zu kümmern. Und je besser wir uns um sie kümmern, desto mehr Nahrung, Wasser, Gesundheit und Wohlstand haben wir. „Erdrechte" sind an erster Stelle Rechte von Mutter Erde, und wir haben die Pflicht und die Verantwortung, ihre Rechte zu verteidigen. Erdrechte umfassen auch die Menschenrechte, die sich aus dem Recht von Mutter Erde ableiten – das Recht auf Leben, auf Nahrung und Wasser, auf Gesundheit und eine intakte Umwelt, auf Bildung, Arbeit und einen Lebensunterhalt, und auf Gemeingüter wie Flüsse, Samen, Artenvielfalt und Atmosphäre.

Rechte von Mutter Erde

Ich gebe diesem neuen Paradigma eines Zusammenlebens als Erdgemeinschaft, wo die Rechte von Mutter Erde gewahrt werden, den Namen Erddemokratie. Erddemokratie schützt die natürlichen Prozesse, die das Leben erhalten, und befähigt uns, eine lebende Demokratie zu schaffen. Diese ermöglicht Teilhabe in allen Fragen zu Leben und Tod: zur Nahrung, die wir essen oder die uns fehlt; zum Wasser, das wir trinken oder das uns durch Privatisierung oder Verschmutzung entzogen wird; zur Luft, die wir atmen oder von der wir vergiftet werden. Lebende Demokratie gründet auf dem Eigenwert aller Arten, aller Menschen, aller Kulturen; auf einem gerechten Teilen der lebenswichtigen Erdressourcen; und auf gemeinsamer Entscheidung über den Gebrauch dieser Ressourcen.

Ahimsa – Gewaltfreiheit – ist die Grundlage vieler Glaubensrichtungen, die auf indischem Boden entstanden sind. In die Wirtschaft übertragen bedeutet Gewaltfreiheit, dass unsere Systeme für Produktion, Handel und Konsum nicht den Umweltraum anderer Arten oder Menschen aufbrauchen. Gewalt entsteht, wenn sich die vorherrschende Wirtschaftsordnung des Umweltraums anderer Arten oder Menschen bemächtigt.

Dieses neue Paradigma geht von den indigenen Kulturen des Südens aus. Am Erdtag 2010 hat der bolivianische Präsident Morales eine Konferenz zu den Rechten von Mutter Erde ausgerichtet. Es soll ein Prozess gestartet werden, damit eine universelle Erklärung der Rechte von Mutter Erde in die universelle Erklärung der Menschenrechte einfließt. Ohne Erdrechte kann es keine Menschenrechte geben. Erdrechte sind Menschenrechte. Erdrechte sind die Grundlage für Gleichheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Vandana Shiva ist Physikerin und Umweltschützerin. Sie hat das indische Landwirtschafts-Netzwerk Navdanya (www.navdanya.org) mitbegründet und ist unter anderem Mitglied des Club of Rome und des Weltzukunftsrates.

Übersetzung aus dem Englischen: Markus Henn

Von der Tobin- zur Merkel-Steuer

Die Finanztransaktionsteuer vor der Einführung

ONLINE-PETITION ZUR FINANZTRANSAKTIONSSTEUER: www.makefinancework.org

Von Peter Wahl

„Eine idiotische Idee!" – So nannte der Nobelpreisträger und neoliberale Hardliner Mundell die Tobin-Steuer, mit der der Handel mit Devisen besteuert werden sollte. Als WEED 1998 – in den Hochzeiten des Neoliberalismus – als erste NGO in Europa einen Workshop zur Tobin-Steuer durchführte, gab es selbst bei manch Wohlgesinnten Kopfschütteln.

Jetzt sieht es so aus, als ob Tobins Idee kurz vor der Verwirklichung steht. Mehr noch, es geht nicht nur um eine Steuer auf Devisen, sondern um eine Finanztransaktionssteuer (FTT), mit der der Handel mit allen Klassen von Finanzvermögen besteuert werden soll: Aktien, Anleihen, Derivate und Kreditverbriefungen und Währungen.

Selbst das Bundesfinanzministerium preist auf seiner Homepage inzwischen die Vorzüge der FTT als Instrument, „den gesamten Finanzsektor an den Kosten der Krisenbewältigung zu beteiligen." Und – man höre und staune – die FTT „könnte bei Geschäften mit niedrigen Margen zur Marktstabilisierung beitragen." Gemeint ist der sog. High Frequency Trade, bei dem computergestützt in Abständen von Nanosekunden und rund um die Uhr nach Kursdifferenzen von Hundertstel Prozent an jedem Winkel des Globus gesucht wird. Bei ein paar Tausend solcher Operationen täglich und entsprechend hohem Einsatz können damit Millionen gescheffelt werden. In New York macht dieser Handel inzwischen 60% aus. Ein großer Teil dieser spekulativen Geschäfte würde unrentabel und damit aufhören. Die Instabilität der Finanzmärkte würde reduziert.

Spätestens seit der Spekulationswelle gegen Griechenland und den Euro haben die Klügeren unter den deutschen Funktionseliten jetzt auch verstanden, dass Spekulation ein Problem ist.

Was sie aber am meisten an der FTT interessiert, ist das Steueraufkommen. Selbst bei einem winzigen Steuersatz von 0,05% kämen Einnahmen in der Größenordnung von 50 Mrd. Euro jährlich in Schäubles Kasse. Endlich einmal eine Zahl, die mit den Dimensionen der Konjunkturpakete und Rettungsschirme mithalten kann. Angesichts der öffentlichen Schulden ein unschlagbares Argument. Denn mit Sparprogrammen und Sozialabbau allein sind die Schulden nicht zu meistern. Ganz zu schweigen von den politischen Kosten in Form verlorener Wahlen. Die CDU hat aus dem Desaster der Schröder-SPD gelernt. Die Kanzlerin ist deshalb für die FTT, Seehofer und die komplette Opposition sowieso. Schäuble will sie notfalls in der Eurozone machen, wenn die G20 und London sich querstellen.

Wie ernst ist es Merkel mit der FTT?

Lange wurde die Jahrhundertkrise an den Finanzmärkten als primär angelsächsisches Phänomen gesehen, von dem man – globalisierungsbedingt – mitbetroffen ist. Inzwischen aber hat sich das Epizentrum der Krise in die Eurozone verlagert.

Dieser Schock hat bei den Funktionseliten eingeschlagen wie nichts zuvor in der Nachkriegsgeschichte. Die Währungsunion war ihr Projekt. Und bisher ist Deutschland der große Gewinner. Das gerät jetzt ernsthaft in Gefahr. Die Etablierung des Euro war zudem nicht nur ein ökonomisches Projekt, sondern Bestandteil des großen Designs zur politischen Integration der EU und tragender Pfeiler deutscher Staatsraison.

Wäre es nicht so vulgär, könnte man sagen: es geht ihnen der Arsch auf Grundeis. Nachdem die Politik über zwanzig Jahre mit Liberalisierung und Deregulierung ihre Selbstentmachtung betrieben hat, merkt der Zauberlehrling jetzt: „Die Not ist groß, die Geister die ich rief, die werd ich nicht mehr los."

Der Neoliberalismus ist damit noch nicht völlig entsorgt. In Schuldenbremse und Sparideologie lebt er fort. Aber auch da wird das Alte Denken am objektiven Problemstand zerschellen.

Peter Wahl ist Sozialwissenschaftler und Mitbegründer von WEED, wo er den Bereich Finanzmärkte leitet. Er hat zudem Attac Deutschland mitbegründet.

€

Für Bewegung in der Politik braucht es nicht nur Ideen, sondern auch **Geld** – unterstützten Sie WEED mit einer Spende*!

Bank für Sozialwirtschaft
Konto: 3220600
BLZ: 100 205 00

* WEED ist gemeinnützig. Bitte geben Sie Ihre Adresse für Ihre Spendenbescheinigung bei der Überweisung mit an.

IMPRESSUM:

Herausgeber:
WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin
Tel. 030-275 82 163
weed@weed-online.org
www.weed-online.org

Redaktion:
Markus Henn (V.i.S.d.P.), Peter Wahl, Christoph Ernst

Gestaltung: WARENFORM

Fotos:
Seite 1: Green Mamba / Flickr
Seite 2: Henn / WEED
Seite 3: ver.di
Seite 4: Attac

Druck: taz

Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Die Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung von WEED und geben in keiner Weise die Position der Europäischen Union wieder.